



Verleger: ... Druck und Verlag: Rudolf Wette in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 43 48. Jahrgang

und Handels-Zeitung

Freitag 31. Januar 1919

Die Vorgänge in Bremen.

Erklärungen Koste's.

Die Truppenansorte. - Gewaltherrschaft einer Minderheit. - Das Auslaufen der Lebensmittel.

Ein Vertreter der „P. V. A.“ hatte am Donnerstagabend eine Unterredung mit dem Mitgliede der Reichsregierung Gustav Koste über die Gründe und die nächsten Ziele der Expedition nach Bremen.

„Dass die Zustände in Bremen unhaltbar waren, war aller Welt klar, ausgenommen den Spartakisten. Bremen gehört zu den Orten, in denen eine kleine Minderheit durch Gewaltmittel verführt, ihre Herrschaft über die beträchtliche Mehrheit anerkennen lässt.“

Die sehr gewalttätige Herrschaft anerkennen zu lassen, die sehr gewalttätig betrieben wurde, beweiht der Ausfall der Wahlen zur Nationalversammlung, bei denen, ganz abgesehen von den Spartakisten selbst, nur Unabhängige eine kleine Minderheit darstellten konnten.

Bremen hat eine besondere Bedeutung als unter zweiwahligster Handelshafen. Am 1. Februar soll das Auslaufen von Lebensmittelschiffen beginnen. Bis eine endgültige Aktion gegen Bremen in Erwägung gezogen wurde, erschien es absolut ungewis, ob das Auslaufen dieser Schiffe glücklich verlaufen würde. Bei der absoluten Unfreiheit der Besatzung in Bremen war als feststehend anzunehmen, dass das Einlaufen beladener Lebensmittelschiffe nach Bremen nicht unbedingt verbotigt sein würde. Selbst wenn die geistige Meinung zutreffend ist, dass bei den Verhandlungen zwischen den Seelenten und den Reedern auch die geringe Minderheit von Seelenten, die im Internationalen Seemannsbund organisiert ist, zu freizustellen sein sollte, bestand nach den letzten Erfahrungen, die in Bremen gemacht worden sind, keine Aussicht darauf, dass beim Einlaufen oder Auslaufen der Schiffe Zwischenfälle oder Störungen nicht vorzukommen würden. Die Zufuhr von Lebensmitteln muss aber angesichts der außerordentlichen Knappheit unbedingt sichergestellt werden. Das deutsche Volk geht der grohten Not entgegen, wenn nicht binnen kürzer Frist beträchtliche Lebensmittelmengen aus Mecklenburg zugeführt werden können.

Um das sicherzustellen, sind Truppen von erheblicher Kampfkraft nach Bremen in Bewegung gesetzt worden.

worden. Das geschah selbstverständlich nicht aus reiner Neugier, in die innerpolitischen Kämpfe mit Waffengewalt einzugreifen. Fügt sich die Minderheit, die jetzt in Bremen wider alles Recht sich in den Besitz der Macht zu halten sucht, so wird die Aktion in Ruhe vonstatten gehen. Von den Regierungstruppen, die in Bremen einmarschieren, wird gewis kein Schuss abgegeben werden, wenn nicht von den Bremer Spartakisten oder Unabhängigen zuerst gesuert wird. Dasur bietet schon die Tatsache Bürgschaft, dass auch die Bremer Aktion unter meinem Oberbefehl vonstatten geht. Nur für den Fall, dass die Minderheit, die in Bremen ihr Regiment aufrechtzuerhalten sucht, gewaltsam Widerstand leistet, wird durchgegriffen werden, dann aber auch mit rückhaltloser Entschlossenheit.“

Ein Spartakistenputsch in Königsberg geplant? Streik der Militarbeamten.

Königsberg, 30. Januar. (T. U.) Die Mittheilung wird, dass hier ein Streik der Militarbeamten ausgedroht. Augenscheinlich ist hierdurch die ganze Lage in Königsberg eine äußerst spannende geworden. Es scheinen die wildsten Gerüchte durch die Stadt. Man glaubt an einen demnastig bevorstehenden Aufbruch der Spartakisten, die, wie es heißt, sich angeblich Königsberg nach Berliner Muster bemächtigen wollen. Genauerer Luckh ist im Augenblick über die dortige Lage nicht mittheilen. Alle über die dortigen Vorgänge umlaufenden Gerüchte sind mit groter Vorsicht aufzunehmen. Morgen soll eine amtliche Darstellung über die Lage in Königsberg erfolgen.

Einem neuen Eingriff in die Pressefreiheit leistete sich der Pflauner A. und S. mit folgendem Drohschreiben an den Königsberger Anzeiger: „Wir erheben allerersten Protest gegen heftigste Verleumdungen in Königsberger Anzeiger“. Da der Anzeiger der Interessenvertreter der Grohospitalkassen und Krankenkassen ist, werden wir jede Einwirkung nach Königsberg sofort zurückführen, wenn das Blatt bis zum 30. Januar die Hee nicht einstellt.“

Ruhe in Wilhelmshafen.

Wilhelmshafen, 30. Januar. (T. U.) Die Ruhe in Wilhelmshafen hält an. Die Entwarnung der Arbeiter führt fort. In Verbindung mit den letzten Vorgehngen wird der Streik neu gewählt werden. Präsident Kuhnt hat heute morgen die koniglichste Heife nach Berlin angetreten haben. Sonst zeigt Wilhelmshafen wieder das gewohnte Bild.

Rundgebung für die deutschen Kolonien.

Gegen die Raubabsichten der Entente. Berlin, 30. Januar. (M. T. B.)

Am Sonntag nachmittag um 1/4 12 Uhr wird eine große Protestversammlung in der Philharmonie abgehalten, bei der Vertreter der Regierung, der Kolonialgesellschaft und anderer Schichten der Bevölkerung über die Pläne der Entente bezuglich der deutschen Kolonien sprechen werden. Es wird sich hierbei um eine große Kundgebung handeln, die gerade im gegenwärtigen Augenblick besonders zeitgemäß ist.

Der Reichsverband der Kolonialdeutschen gibt bekannt: Die Verhinderung des Verbandes der Kolonialdeutschen, unterstützt von Hunderttausenden von Zustimmungserklärungen aus allen Theilen des Deutschen Reiches, erhebt hiermit feierlichsten Protest gegen die letzte Lage von der Auslandspresse verbreiteten Anschichten der Entente, Deutschland seiner Kolonien zu berauben. Sie verlangt die Erfüllung des Punktes 5 der Wilson'schen Friedensbedingungen, die von beiden kriegführenden Parteien als Grundlage für einen gerechten und dauernden Volkerfrieden anerkannt wurden. Das deutsche Volk bedingt die Kolonien dringend für seine Existenz und würde den Wunsch seiner Kolonien als grohter Ungerechtigkeits und als eine Verwaltungsgewalt für niemals verwinden können.

Die A.- und S.-Käte.

Der Widerstand gegen die Neuordnung der Kommandogewalt. - Die Verhandlungen der Berliner A.- und S.-Käte.

von Bruno Stumke.

Der Mensch ist durch die Revolution sicher nicht besser geworden, viele von den Antagenden, die dem früheren Regime eigen waren, zeigen sich auch heute, und für den tragenden spielt es keine Rolle, ob er nun von rechts oder links erbulden muss. Der Effekt pflegt in beiden Fällen der gleiche zu sein. Die alten Gewalten, die seit Jahrhunderten an der Spitze des Staates standen, mißbrauchten oft die ihnen übertragene Macht, und heute tun das Gleiche die neuen Herren. Es ist nicht jedermanns Sache, das liebe Ich in der Hintergrund treten zu lassen, und nur ganz wenige Wachstums- und Arbeiter- und Soldatenräte scheinen nicht gefangen von dem Fluch, auf den sie die Revolutionenquelle gezogen hat, zu weichen. Sie fühlen sich als Bringer und Erhalter der Revolution. Mit dieser Anschauung sind sie zwar im Recht: die Revolution ist, soweit die eigentliche Limitierung in Frage kommt, ihr Werk, und die Revolution wird anhalten, solange sie nicht dem Werke ihrer Abschaffung sind. Doch die Revolution kann, mag gut gewesen sein, denn nur so liet sich die notwendige grundsätzliche Neuordnung vornehmen, dass sie aber ewig dauern soll, ist gewis nicht die Absicht. Einmal muss sie doch beendet sein, einmal müssen wir wieder festen Boden unter den Füßen haben, auf dem wir bauen können. In diese Arbeiter- und Soldatenräte aber legen sie die Revolution gefährdet, wenn die Rede davon ist, dass sie einmal, wie auch immer, wieder den Staat als einen Staat wieder aufbauen wollen. Sie haben sich eben im Revolutionsstaat ein warmes Nestchen erbaut und wollen es nicht verlassen.

In Berlin und zugleich in vielen Städten im Reich haben sich die Soldatenräte mit der Neuordnung der Kommandogewalt befasst und sind fast übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen, dass der Erlaß der Regierung eine „Erdrosselung der Soldatenräte“ und ein Verlassen des Fundaments der Revolution“ bedeute. Was jedoch vernunftigsten Mensch als selbstverständlich ansieht, nämlich, dass es auf die Dauer unmöglich ist, die Wehrmacht eines großen Reiches ohne feste geistliche Grundlage zu lassen, sie der Raune und Willkür der Soldatenräte auszuliefern, erhebt unserer Soldatenratsmitglieder ein Bedenken wider die geistliche Ordnung der Revolution. Gegen die Kommandogewalt, wie sie von Koste in Gemeinschaft mit dem Kriegsminister und der Regierung geregelt worden ist, liet sich gewis manches einwenden. Haben doch auch die Offiziere in einer Versammlung in der Berliner Philharmonie sich gegen die Neuordnung ausgesprochen und sogar mit Streik gedroht, wenn ihre Rechte nicht besser gewahrt werden würden. Der Aufbau unseres Volksheres ist ein so bedeutender Punkt in der neuen Reichsverfassung, dass das letzte Wort in dieser Sache unbedingt der Nationalversammlung vorbehalten bleiben muss. Wir nehmen an, dass auch der koniglichste Erlaß nicht anders zu geben, da sich doch für jeden klar erkennen lassen hat, dass es auf dem Wege der Zuchtlosigkeit und des Eigenwillens nicht weiter geht, wenn nicht das Reich in schwerer Gefahr gefährt werden soll. Es wird die letzte Aufgabe der Nationalversammlung sein, die Verfassung für ein Volksheer zu schaffen, in dem es jedem Möglich ist, den Platz einzunehmen, an dem er nach seinen Fähigkeiten und seiner Tätigkeit Anspruch hat. Die Grundlage aber, die aus den Reiben der Soldatenräte oft vorge schlagen wird, sind ganz gewis nicht geeignet, ein brauchbares Heer zu schaffen. Bei Vermeidung des Kadavergehorsams und des Drills altpreussischer Heberlieferung der von nun einmal für die neue Zeit nicht mehr passt, muss innerhalb einer brauchbaren Armee Disziplin herrschen. Es geht nicht an, dass Offiziere von den Mannschaften, wie manche Soldatenräte es wollen, abgelehrt werden können. Man kann die „Kameraderie“ geschaffen werden, die das Recht haben sollen, in die Dienstordnung einzugreifen und dergleichen. Rame es wirklich dahin, dann wäre der Offizier wahlig der Gunft der Soldatenräte ausgeliefert. So weit darf es nicht kommen. Das aber der Offizier im neuen Volksheer eine andere Stellung einnehmen wird als früher, darüber kann es gar keinen Zweifel geben. Die Stellung mancher Vorgesetzten dem Untergebenen gegenüber hat von und während des Krieges ausreichend Anluss zu berechtigten Klagen gegeben, so dass ein Misstrauen der Soldatenräte durch-

Gegen eine Zerfullung Preußens.

Eine Erklärung der preussischen Regierung. Berlin, 30. Januar. (M. T. B.)

Die preussische Regierung verpflichtet sich folgenden: Bereits in unserer Bekanntmachung vom 10. Dezember ist darauf hingewiesen, dass die künftige staatsrechtliche Gestaltung Preußens durch die preussische verfassunggebende Versammlung bestimmt werde, und dass allen Versuchen, Teile von Preußen loszureien, mit Nachdruck entgegenzutreten sei. In diesem Standpunkte hat die preussische Regierung gelegentlich der stattgehabten Verhandlungen über die neue deutsche Reichsverfassung in vollstem Umfang festgehalten. Inwieweit wir dies zur zureichenden Kenntnis bringen, geben wir erneut der Erwartung Ausdruck, dass die Behörden allen anders gerichteten Bestrebungen nachdrücklich entgegenzutreten werden.

Eine amerikanische Studienkommission in Berlin.

Die „politischen Fragen“. 21 amerikanische Offiziere haben am 29. Januar Berlin verlassen, um in Berlin die politischen Fragen zu studieren.

Sie reisen im Auftrag der internationalen Waffenstillstandskommission und werden im Laufe der Zeit nach Berlin abfahren.